

Friedemann Utz

Preuße, Protestant, Pragmatiker

Der Staatssekretär Walter Strauß
und sein Staat



Mohr Siebeck

Inhalt

Abkürzungen.....	XV
------------------	----

Zur Einführung	1
----------------------	---

Erster Teil: Das Deutsche Reich

1. Kapitel: Kindheit und Jugend im Kaiserreich	11
--	----

2. Kapitel: Studium und Werdegang in der ersten Republik.....	16
---	----

I. Studium.....	16
-----------------	----

II. Promotion im Staatsrecht	17
------------------------------------	----

III. Referendariat und wirtschaftsrechtliche Spezialisierung.....	20
---	----

IV. Private Perspektiven	32
--------------------------------	----

3. Kapitel: Das Dritte Reich	34
------------------------------------	----

Zweiter Teil: Interregnum

4. Kapitel: Das Ende als Anfang – Die unmittelbare Nachkriegszeit.....	51
--	----

I. Persönlicher Neubeginn.....	51
--------------------------------	----

II. Politischer Beginn: Die Situation in Berlin und der Gang in die Parteipolitik	53
--	----

1. Rahmenbedingungen 53 – 2. Der Gang in die Politik 56 – 3. Walter Strauß und die CDU 58 – a. Politische Alternativen in der „Stunde Null“ 58 – b. Wirt- schaftspolitische Vorstellungen und die Debatte über den „christlichen Sozialis- mus“ 60 – c. Parteiarbeit und Abwendung von Berlin 64	
---	--

III. Zusammenfassung.....	66
---------------------------	----

5. Kapitel: Rückkehr in den Staatsdienst – im Stuttgarter Länderrat	68
I. Aufbruch nach Westen	68
II. Der Länderrat der amerikanischen Zone	71
III. Das Direktorium des Länderrates	73
IV. Alltagsarbeit im Direktorium	74
V. Amerikanische Pläne zur Zonenverschmelzung	76
VI. Die Denkschrift vom 4. August 1946	80
1. Inhalt 80 – 2. Auswirkungen 82	
VII. Vorbereitung der bizonalen Verwaltungsabkommen	84
VIII. Die zweite Phase der Zonenverschmelzung – von den Verwaltungsräten zum Wirtschaftsrat	90
6. Kapitel: Von Hessen nach Frankfurt – Die Verwaltung für Wirtschaft	94
I. Die Frankfurter Direktorenwahl	94
II. Definition der politischen Aufgaben der VfW durch Walter Strauß vor dem Amtsantritt	96
III. Personalpolitik des Mangels: Umstrukturierung und Probleme in der Verwaltung für Wirtschaft	99
IV. Wirtschaftspolitik des Mangels, aber es geht langsam aufwärts. Die Verwaltung im Winterhalbjahr 1947/48	105
1. Schwerpunktprogramme zur Überbrückung der wichtigsten Engpässe 106 – 2. Einflußnahme auf alliierte Dienststellen 108 – 3. Konzentration von Zuständigkeiten bei der Verwaltung für Wirtschaft durch legislative Maßnahmen 110	
V. Langfristige ordnungspolitische Vorstellungen	113
VI. Der wissenschaftliche Beirat bei der Verwaltung für Wirtschaft ..	119
VII. Zusammenfassung	122
7. Kapitel: „Syndikus der Firma“ – Walter Strauß als Chef des Rechtsamtes	125
I. Das Gesetz über das Rechtsamt	126
II. Der Aufbau des Rechtsamtes	130
III. Die Arbeit des Rechtsamtes und das Institut der rechtsförmlichen Prüfung	134

IV. Persönliche Beiträge zur Wiederbelebung des gewerblichen Rechtsschutzes in Deutschland nach 1945.....	135
1. Erste Maßnahmen und Planungen für die Zukunft des gewerblichen Rechtsschutzes 136 – 2. Kontinuität und tagespolitische Notwendigkeiten – Walter Strauß und das Überleitungsgesetz für den gewerblichen Rechtsschutz 138 – 3. Der lange Weg zum Deutschen Patentamt 141	
V. Zusammenfassung	144
8. Kapitel: Der Verfassungspolitiker Walter Strauß: Seine Überlegungen zu einer deutschen Verfassung 1946–1948 und der „Ellwanger Kreis“	
I. Die Frage der Einheit Deutschlands	146
II. Zentrale Fragestellungen und politische Rahmenbedingungen der Verfassungsdiskussion in Westdeutschland.....	151
III. Erste verfassungspolitische Überlegungen vor dem Hintergrund des bizonalen Zusammenschlusses.....	153
IV. Der Ellwanger Entwurf.....	156
1. Der Ellwanger Kreis 156 – 2. Die Verfassungsdiskussion im Ellwanger Kreis 157 – a. Die Entstehungsgeschichte der „Grundsätze“ 158 – b. Die Endfassung der „Ellwanger Grundsätze“ und ihre Ablehnung in der Gesamtpartei 163	
V. Der Föderalist Walter Strauß.....	168
VI. Zusammenfassung	172
Dritter Teil: Im Parlamentarischen Rat	
9. Kapitel: Die halbfreiwillige Staatsgründung	
I. Vorgeschichte und Arbeitsweise des parlamentarischen Rates	177
1. Von den Londoner Sechs-Mächte-Verhandlungen zu den Frankfurter Dokumenten 177 – 2. Deutsche Reaktionen und Einigung auf ein westdeutsches „Provisorium“ 179 – 3. Die Wahl von Walter Strauß in den Parlamentarischen Rat 180 – 4. Der Aufbau des Parlamentarischen Rates 181 – 5. Der Ablauf der Beratungen 183	
II. Zwischen deutscher Teilung und europäischen Hoffnungen: Walter Strauß und das außenpolitische Engagement des Parlamentarischen Rates	186
1. Das nationale Problem 186 – 2. Ruhrstatut und Beatzungsrecht 189	

10. Kapitel: Die drei Gewalten	199
I. Die gesetzgebende Gewalt: Föderalistische Überzeugungen und ökonomische Sachzwänge.....199	
1. Die ausschließlichen Gesetzgebungskompetenzen des Bundes 199 – 2. Die konkurrierenden Gesetzgebungskompetenzen des Bundes 207 – a. Inhaltliche Impulse 208 – b. Terminologische und systematische Einflüsse 212 – c. Ausgleich zwischen Föderalisten und Unitarien 217 – d. Ein ordoliberaler Vorstoß 219 – 3. „Rahmenvorschriften“ des Bundes: Zu Art. 75 Grundgesetz 223 – 4. Zusammenfassung 226	
II. Ein weiterer Kompromiß: Die vollziehende Gewalt.....229	
1. Grundsatzpositionen 229 – 2. Bundes- und Länderverwaltung im Grundgesetz 231 – a. Die Ausführung der Bundesgesetze durch die Länder 231 – b. Die Bundesauftragsverwaltung 234 – c. Die bundeseigene Verwaltung (Artikel 86, 87, 88 Grundgesetz) 235 – d. Eigentums- und Verwaltungsverhältnisse der Verkehrswege 236 – e. Notstandsbefugnisse 237 – 3. Garantie des Berufsbeamtenums und Wahlrecht der Beamten im demokratischen Staat 238 – a. Die institutionelle Garantie 239 – b. Der Beamte als Staatsbürger 242 – c. Restümee 247	
III. Gescheiterter Visionär, erfolgreicher Redakteur:	
Einflüsse auf die Rechtspflege im Grundgesetz.....248	
1. Walter Strauß und der Primat der Dritten Gewalt 248 – a. Die oberste Bundesgerichtsbarkeit 249 – aa. Aufgaben des Obersten Bundesgerichts 250 – bb. Gestaltung der Rechtsmittel 251 – b. Das Bundesverfassungsgericht 253 – c. Die Regelung des Herrenchiemseer Entwurfs 255 – 2. Oberstes Bundesgericht, Rechtsstellung der Richter und Justizgrundrechte: Die Verhandlungen 256 – a. Oberstes Bundesgericht oder Bundesverfassungsgericht als Repräsentanz der dritten Gewalt? 256 – b. Die Debatte um die Rechtstellung der Richter: Walter Strauß als Vermittler zwischen Gewalttrennung und Parlamentsherrschaft 270 – aa. Die Fragestellung 270 – bb. Zwischen Sozialdemokraten und Bürgerlichen: Der Verlauf der Verhandlungen 272 – c. Die Justizgrundrechte im Grundgesetz 281 – 3. Restümee: Der Beitrag von Walter Strauß zu den Rechtspflegeartikeln des Grundgesetzes vor dem Hintergrund unterschiedlicher Demokratie- und Rechtsstaatverständnisse 286	
IV. Grundrechte	289
1. Die Eigentunsgarantie 290 – 2. Privatschulen 292	
11. Kapitel: Die Schlußphase der Beratungen. Die Krise des Parlamentarischen Rates und der entscheidende April 1949	296

Vierter Teil: Die Bundesrepublik

12. Kapitel: Weichenstellungen – Erste Bundestagswahl und Anfang im Bundesjustizministerium	305
I. Politisches Zwischenspiel – Die Kandidatur für den Bundestag	305
II. Walter Strauß und die Bonner Regierungsbildung: Politisches Ziel verfehlt, persönliches Ziel erreicht	308
1. Die Koalitionsentscheidung 308 – 2. Personalpolitische Entscheidungsfindung 310 – 3. Kontinuitäten: Walter Strauß und die Staatssekretäre der Weimarer Republik 311 – 4. Schwieriger Anfang in Bonn: Walter Strauß und Thomas Dehler 313	
III. Personal, Organisation und Zuständigkeiten im Bundesjustizministerium.....	318
13. Kapitel: Konsolidierung nach außen – als Politiker und Jurist im Wehrstreit	321
I. Der außenpolitische Weg zur Bundeswehr.....	321
II. Walter Strauß und die innenpolitische Auseinandersetzung, insbesondere in Bezug auf die Evangelische Kirche.....	323
III. Die verfassungsrechtliche Dimension des Wehrstreits: Walter Strauß und die Verfassungsklagen der SPD	330
1. Das Normenkontrollverfahren 332 – 2. Das Gutachtenverfahren 335 – a. Um- fassende Hoheit: Die Rechtsansicht der Bundesregierung und der Staatsbegriff bei Walter Strauß 335 – b. Die Stellungnahme der Opposition 341 – c. Verfas- sungskrise: Der Gutachtenbeschluß des BVerfG 342	
IV. Politisches Ende eines Rechtsstreits	346
V. Beiträge zur Ausgestaltung einer Wehrverfassung und zur Regelung der Kriegsdienstverweigerung	349
VI. Zusammenfassung	351
14. Kapitel: Konsolidierung nach innen – Walter Strauß und die Ver- gangenheit der neuen Republik.....	353
I. Integration	353
1. Amnestie 354 – 2. Personalien 361 – 3. Integration und Staatsschutz: Stabilität als Handlungsmotiv 369	
II. Aufklärung – Das Institut für Zeitgeschichte	374
III. Zusammenfassung.....	378

15. Kapitel: Soziale Marktwirtschaft, Teil I oder der Justizstaatssekretär als Ordnungspolitiker: Anmerkungen zum Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen.....	380
I. Die Entwicklung von Kriegsende bis 1949	382
II. Die Geschichte des Regierungsentwurfes	382
1. Vorarbeiten des Bundeswirtschaftsministeriums 382 – 2. Eine Richtungsentscheidung: Das informelle Treffen vom Mai 1950 383 – 3. Die ministerielle Vorbereitung des Gesetzes – Eingriffe von Ressorts und Alliierten 386 – 4. Der Inhalt des Regierungsentwurfes 395	
III. Die parlamentarische Entwicklung – vor und nach der zweiten Bundestagswahl	397
1. Die erste Legislaturperiode 397 – 2. Die zweite Legislaturperiode 398 – 3. Eskalation im Rechtsausschuß: Rechtsstaatsprinzip gegen freien Wettbewerb? 401	
IV. Das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen	406
V. Zusammenfassung.....	407
16. Kapitel: Soziale Marktwirtschaft, Teil II oder das Eigentum im Dienst der Marktordnung: Beiträge zur Aktienrechtsreform von 1965 ...	409
I. Einleitende Bemerkungen.....	409
II. Vorarbeiten zu einer Reform des Aktienrechts in den 50er Jahren	410
III. Der Referentenentwurf und seine öffentliche Erörterung: Frankfurter Rede, Reaktionen und Marburger Aussprache	419
1. Die rechtspolitischen Ziele des Referentenentwurfes 419 – 2. Reaktionen 420 – 3. Das Marburger Referat von Walter Strauß 422 – 4. Die Fortsetzung der Diskussion: Die Veröffentlichungen 424	
IV. Ministerielle Abstimmung: Regierungsentwurf und „Kleine Aktienrechtsreform“	429
V. Meinungsverschiedenheiten zwischen Justiz- und Wirtschaftsressort.....	430
VI. Zum ordnungspolitischen Standort von Walter Strauß	434
VII. Fortgang und Abschluß der Reformarbeiten: Vom Regierungsentwurf zum Aktiengesetz 1965	435
VIII. Zusammenfassung.....	438

17. Kapitel: Christliche Rechtspolitik, Teil I oder der vergebliche Versuch, einen progressiven Verfassungsauftrag konservativ umzusetzen...	440
I. Die Gleichberechtigung der Frau und eine wichtige Entscheidung von Walter Strauß	440
II. Die Zusammenarbeit von Walter Strauß mit der evangelischen Kirche im Kontext der Stellungnahmen zur Gleichberechtigung im Bürgerlichen Recht	445
III. Der Inhalt der Vorlage des Justizministeriums an das Kabinett	452
IV. Abstimmung mit dem Bundesministerium des Innern	454
V. Die Diskussion des Entwurfes im Bundeskabinett	455
VI. Walter Strauß zum Familienrechtsgesetz.....	457
VII. Die Ausschußberatungen und der Ablauf der Frist des Grundgesetzes	459
VIII. Die Veröffentlichungen in der zweiten Legislaturperiode.....	464
IX. Entscheidung im Parlament.....	467
X. Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts	470
XI. Gesamtbetrachtung	471
18. Kapitel: Christliche Rechtspolitik, Teil II oder die große Reform im Strafrecht	473
I. Erste Überlegungen im Bundesjustizministerium	473
II. Reformversuche der Vergangenheit.....	474
III. Einleitung und Verlauf der Reformarbeiten.....	475
IV. Christliche Ethik und Strafrechtsnorm: Die Verbindungen zur Evangelischen Kirche	480
V. Der E 62 und die rechtspolitischen Auffassungen von Walter Strauß	483
VI. ...und was daraus wurde: Der Fortgang der Reformarbeiten	489
VII. Zusammenfassung	492

19. Kapitel: Zukunftspläne, ein trauriger Abschied von Bonn und noch einmal eine neue Aufgabe	494
I. Gründe für einen Ablösungsprozeß:	
Walter Strauß wird medial zum Schattenminister erklärt, erkennt in Bonn Stagnation und zieht die Konsequenzen	496
II. Die europäische Perspektive bei Walter Strauß.....	500
III. Die „Spiegel-Affäre“	502
IV. Nach Luxemburg	510
Schlußbetrachtung.....	513
Quellen- und Literaturverzeichnis	517
Personen- und Sachregister	535